



Zittau, 17. Juni 2021

Pressemitteilung**CDU-Landtagsabgeordneter Dr. Stephan Meyer: Appell zur Strukturentwicklung an Bundesminister Altmaier**

Der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Stephan Meyer hat sich mit einem Schreiben zur Strukturentwicklung durch den Kohleausstieg an den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, gewandt. Dieses Schreiben hat er ihm heute im Rahmen der Preisverleihung der Architekturwettbewerbe der TU Dresden und dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bei einem persönlichen Gespräch in Weißwasser übergeben.

Mit dem gefundenen Kohlekompromiss und dem Ausstieg aus der Braunkohle hat sich die Bundesrepublik Deutschland energiewirtschaftlich auf einen herausfordernden Weg begeben, welcher sich in die Energiewende und eine klimagerechtere Lebensweise einbindet. Aus Sicht des Landtagsabgeordneten Meyer besteht damit durchaus die Chance, essentielle technologische Entwicklungen und Ansätze in Deutschland beschleunigt einzuführen und damit Wertschöpfungspotential und Arbeitsplätze für exportorientierte Unternehmen zu generieren. Ihm sind die Herausforderungen in seiner Heimat sehr bewusst und er möchte den Prozess des gelingenden Strukturwandels mitgestalten.

Für ihn überwiegen die Chancen, wenn das gemeinsame Verständnis von Bund und Ländern zugrunde liegt, dass die bisherigen Kohleregionen auch künftig als Energieregionen entwickelt werden sollen und das Potential der Menschen vor Ort für den Erhalt und die Schaffung von Industriearbeitsplätzen genutzt werden. „Die Begleitung dieses Prozesses durch das Strukturförderungsgesetz und die damit einhergehenden finanziellen Unterstützungen sind eine notwendige Voraussetzung, um Akzeptanz in der Bevölkerung zu erzeugen. Mit Blick auf die zeitliche Perspektive vom Kohlekompromiss zum Jahr 2038 und der Kenntnis von teilweise langwierigen Verfahren, möchte ich als Abgeordneter der Oberlausitz die Bundesregierung ersuchen, die in den Eckpunkten angekündigten Schritte zu Planungsbeschleunigung möglichst mit einer umfassenden Wirkung auf alle vorgesehenen Projekte anzuwenden. Hierbei ist aus meiner Sicht seitens des Bundes sicherzustellen, dass bisher zugesagte Projekte der Fachressorts auch über den regulären Bundeshaushalt finanziert werden und nicht die Handlungsspielräume der Strukturentwicklung perspektivisch einschränken“, schreibt er.

Als Beispiel führt Meyer die Bundesstraße B178 auf, welche im Bundesverkehrswegeplan seit langer Zeit verankert ist. „Es ist inakzeptabel, dass diese Maßnahme nun über Strukturentwicklungsmittel finanziert werden soll. Zur zügigen Realisierung mag dies als Zwischenlösung nachvollziehbar sein. Ich erwarte im Sinne von Haushaltstransparenz jedoch mittelfristig, dass diese Mittel dem Strukturwandel

wieder zugeführt werden, um weitere Aufgaben bis 2038 umsetzen zu können“, macht der Landtagsabgeordnete deutlich.

Die Evaluierungszeitpunkte bis 2038 sollten seiner Meinung nach auch genutzt werden, um bestehende Regelungen und Fördertatbestände zu flexibilisieren und beispielsweise eine präzisere Unternehmensförderung zu ermöglichen. Hierzu sollten auch die Verhandlungen mit der Europäischen Kommission zum komplementären Einsatz von Mitteln des European Just Transition Funds in den Strukturwandelregionen erneut geführt werden.

Abschließend schreibt Meyer: „Ich werde meinen Beitrag leisten, um den Prozess des Strukturwandels auf einen erfolgreichen Weg zu bringen und ich werde für Engagement und Akzeptanz vor Ort eintreten. Ein erfolgreicher Strukturwandel gelingt nur mit den Menschen und ihren Ideen vor Ort und setzt das Beschreiten neuer Wege und pragmatische Ansätze voraus. Darin liegt auch die Chance, diese Modellregionen als Reallabore für einen Aufbruch der Bundesrepublik Deutschland in ein neues Energiezeitalter zu entwickeln und unsere Wettbewerbsfähigkeit im globalen Kontext zu stärken.“

Mit der Bitte um Veröffentlichung. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gern unter den angegebenen Kontaktdaten zur Verfügung.